

Dringender Kurswechsel

Nicolas Sarkozy und die Gleichberechtigung

Suzanne Krause*

» » „Frauenrechte in Gefahr“ ist eine Petition überschrieben, die die *Ligue communiste révolutionnaire* (LCR) Ende April 2008 ins Internet stellte. Aufgerüttelt wurde die Partei durch Informationen von Gewerkschaftern, die im *Service des Droits des femmes et de l'égalité* (SDFE) aktiv sind. Wie steht es um die Mittel für die Gleichstellung?

Der *Service des Droits des femmes et de l'égalité* (SDFE), der dem Arbeitsministerium untersteht, soll mit seinem Netzwerk regionaler Delegierter und Beauftragter auf Département-Ebene landesweit die Gleichstellungspolitik im politischen ebenso wie im wirtschaftlichen Bereich umsetzen. Dazu gehören die Frauenrechte, darunter der Zugang zum gesetzlich verbrieften Recht auf Schwangerschaftsabbruch und der Schutz vor häuslicher Gewalt. Der SDFE fungiert als wichtiger Ansprechpartner für Frauenrechtsvereine, für Volksvertreter und alle Einrichtungen, die für die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen aktiv sind. Nun droht ihm das Aus, wie es in der Petition heißt.

Françoise Laurant wundert dies wenig. Die Präsidentin des *Mouvement français pour le planning familial* (MFPF), der traditionsreichen Familienplanungsorganisation, ist schon seit dem Präsidentschaftswahlkampf im vergangenen Jahr vorgewarnt: „Wir haben damals jedem Kandidaten, mit Ausnahme des *Front National*, Unterlagen zu unserer Arbeit geschickt und um ein Treffen gebeten. Alle haben darauf geantwortet – außer Sarkozy. Das war für uns ein erstes Alarmsignal.“ Dabei gab sich der Kandidat Nicolas Sarkozy alle Mühe, auch die Wählerinnen anzusprechen. In seinem Programm, auf 133 Seiten im Internet veröffentlicht, erläuterte er dort zum Schlagwort „Frauenrechte“: „Im Elan der Gedanken der Aufklärung hat Frankreich die Menschenrechte zu einem universellen Wert

gemacht. Ich schlage Ihnen vor, dass das Land sich heute für den Kampf für die Frauenrechte stark macht.“

Als der neu gewählte Staatspräsident sein Regierungskabinett bestimmt, bestätigten sich die Befürchtungen der Feministen im Land. „Herr Präsident, Sie haben massiv die Frauen vergessen“, mahnt der MFPF Mitte Juni 2007 in einem Presse-Communiqué an: „Im Gegensatz zu dem, was während des Wahlkampfes angekündigt wurde, ist die neue Regierung keineswegs paritätisch besetzt, unter den 32 Mitgliedern der Regierung sind nur elf Frauen“, heißt es da. „Schlimmer noch wiegt die Tatsache, dass erstmals seit mehr als 25 Jahren kein einziges Ministerium oder Staatssekretariat sich mehr explizit um die Frage der Frauenrechte oder der Gleichstellung der Geschlechter kümmert. Diese Regierungsentscheidungen zeigen den geringen politischen Willen, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf der Gleichberechtigung von Frauen und Männern basiert.“ Der lautstark geäußerte Wunsch der Feministen, erneut ein Ministerium für Frauenrechte einzurichten, wird auch in der neuen Regierungsmannschaft nicht umgesetzt. Dabei forderte der Wahlkämpfer Sarkozy explizit: der Staat und seine Institutionen haben bei der Gleichstellung von Frauen Vorbild zu sein.

Für Frauenfragen ist heute Valérie Létard zuständig, offiziell Staatssekretärin für Solidarität im Ministerium für Arbeit. In Létards Aufgabenbereich fällt ein ganzes Bündel an Themen, bewegen

* Suzanne Krause lebt als freie Journalistin in der Nähe von Paris.

kann sie wenig. Zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, am 25. November 2007, präsentierte die Politikerin einen 12-Punkte-Plan, um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen. Immerhin stirbt laut französischen Polizeistatistiken alle drei Tage eine Frau an den Schlägen ihres Mannes oder Ex-Lebensgefährten. Létard lieferte damit eine hehre Absichtserklärung; die politische Realität, prangert auch Amnesty International in Frankreich an, ist eine andere: *„Für die Umsetzung dieses Regierungsplans sind keine Mittel vorhanden“*, stellt Muriel de Gaudemont, Vorsitzende der Kommission Frauen bei *AL France (Alternative Libertaire)*, klar. Und listet auf: Es fehlt weiterhin vehement an Anlaufstellen für weibliche Gewaltopfer; Mittel, um geschlagenen Frauen zu einer neuen Existenz zu verhelfen, werden landesweit teils drastisch gekürzt. So hangeln sich Frauenrechtsvereine von Subvention zu Subvention, die mehrmals jährlich neu beantragt werden muss. Anfang 2006 schon forderte die Menschenrechtsorganisation in einem viel beachteten Bericht zur Lage im Land mit dem Titel *„Gewalt gegen Frauen – eine Staatsaffäre“* einen interministeriellen Plan zum Thema. Bis heute blieb der Aufruf folgenlos.

Zweierlei Maß

„Jeder gequälten Frau rund um den Globus möchte ich eines sagen“, verspricht Nicolas Sarkozy am Wahlabend, *„Frankreich bietet ihr seinen Schutz an, mit der Möglichkeit, die französische Staatsangehörigkeit anzunehmen“*. Bei der Befreiung der bulgarischen Krankenschwestern in Libyen, die sich der frisch gekürte Staatspräsident auf sein Banner schreibt, steht dies nicht zur Diskussion. Um die Freilassung der franko-kolumbianischen Politikerin Ingrid Bétancourt kämpft Sarkozy medienwirksam, allerdings bislang vergeblich. Doch auch Ayaan Hirsi Ali nimmt den Staatspräsidenten beim Wort. Die niederländische Abgeordnete somalischer Herkunft und Islamkritikerin ist zur Zielscheibe islamischer Fundamentalisten geworden und lebt mittlerweile im Untergrund irgendwo in den Vereinigten Staaten. Doch seit Oktober 2007 übernimmt der niederländische Staat nicht länger die Kosten für ihre Leibwächter. Im letzten

Februar wendet sich Ayaan Hirsi Ali an Frankreich: Wäre sie Französin, könnte sie auf einen Unterstützungsfonds aus Paris hoffen. Rama Yade, die junge Staatssekretärin für die Menschenrechte, empfängt die engagierte Frauenrechtlerin mit offenen Armen. Und einer traurigen Botschaft: Der Staatschef verweigert ihr, Französin zu werden. Zur Kostenübernahme für die Leibwächter bringt Rama Yade auf Order von oben einen originellen Plan auf: Die 27 EU-Mitgliedstaaten sollen einen Hilfsfonds für Menschen in Gefahr gründen. Dafür will sich Nicolas Sarkozy während der französischen EU-Präsidentschaft stark machen.

Was das Thema Frauenrechte angeht, bleibt sich Sarkozy treu. Als Innenminister zeichnete er im März 2003 verantwortlich für das Gesetzespaket zur inneren Sicherheit, bei welchem auch der *„racolage passif“*, die „passive Anmache“ der Prostituierten auf Kundenfang strafbar gemacht wird. Eine kaum verhüllte Kampfansage an ausländische Prostituierte, de facto fast ausschließlich Opfer des Menschenhandels. Die Präfekten haben die (mit Prämien versüßte) Auflage, eine gewisse Quote an Abschiebungen illegaler Einwanderer zu erfüllen. Damit sorgt die Regierungspolitik auch dafür, Opfer des Frauenhandels einfach auszuweisen – was es den Frauen unmöglich macht, den Fängen krimineller Netze zu entkommen. Eine frauenfeindliche Politik, die den Verantwortlichen des Komitees CEDAW, beauftragt mit der Umsetzung der UN-Konvention zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen, missfällt: Ende letzten Jahres „empfehlen“ die UN-Experten Frankreich, die Verpflichtung abzuschaffen, laut der Opfer des Frauenhandels Anzeige gegen ihre Peiniger erstatten müssen, um eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Und sie „appellieren“ an Frankreich, eine umfassende Analyse aller Konsequenzen aus dem Sicherheitsgesetz von 2003 zu erstellen und systematisch alle Unterlagen zu einem besseren Verständnis des *„Phänomens der Prostitution und des Menschenhandels“* zu sammeln. Ein Kurswechsel scheint notwendig, auch für die Glaubwürdigkeit der Pariser Frauenrechtspolitik. Denn Frankreich, hat beispielsweise Rama Yade angekündigt, wird bei seiner EU-Präsidentschaft mehrere Texte zum besseren Schutz der Frauen gegen Gewalt weltweit vorbringen ...